



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/KV/132 - 11. Juni 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 0886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Moskau im Schußfeld?</u> Kritische Befürchtungen über Strauß' USA-Reise	25
1	<u>Sozialer Einschnitt</u> Vor einer Welle von Mietpreiserhöhungen	26
2 - 3	<u>Im Dienste für Europa</u> Die Tätigkeit der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments Von Willi Birkelbach, MdB	94
4 - 5	<u>Die Italiener und das Fernsehen</u> Eine interessante Statistik Von unserem Korrespondenten in Rom, Franca Cognigni	71
6 - 7	<u>Der Bremer Flak</u> "Schule einer Gesellschaft von Freien und Gleichen" Von Hermann Bortfeldt	100

Moskau im Schussfeld?

sp - Auf einer Pressekonferenz in Los Angeles erklärte Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauss, US-Vizepräsident Nixon habe Recht, wenn er sagt, dass der Kalte Krieg möglicherweise noch fünfzig Jahre dauern werde und die Völker der freien Welt zusammenhalten müssten. Warum dies die Völker der freien Welt nicht auch ohne Kalten Krieg tun könnten, sagte Herr Strauss nicht. Zur gleichen Zeit behauptete die britische liberale Wochenzeitschrift "Economist", die Ausrüstung der Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen sei in vollem Gange, und Herr Strauss prüfe in den USA u.a. die Möglichkeiten zum Kauf der Polaris-Rakete mit mittlerer Reichweite, "einer Waffe, die von Stützpunkten am Rhein Moskau erreichen könnte". - Man wird sicher in Bonn eine Batterie von Dementis abgefessert werden, durch die sowohl die finstere Fünfundzig-Jahres-Perspektive für den Kalten Krieg, wie auch die mögliche Schiesserei "von Rhein bis Moskau" aus der Welt geschaffen werden soll. Es fragt sich nur, wie lange es für die deutsche Position in der Welt-politik noch tragbar ist, dass ausgerechnet inner wieder Repräsentan-ten der Bundesrepublik das ohnehin schon gespannte Ost-West-Verhält-nis mit Reisen und Reden belasten, die einen deutschen Beitrag zur Ent-spannung äusserst problematisch werden lassen. "Economist" schreibt nämlich ausserdem noch, "der Besuch von Herrn Strauss in den USA er-innert dringend an die Notwendigkeit, eine wirksame, gemeinsame poli-tische Kontrolle der Atomwaffen zu entwickeln, die jetzt so freigiebig an die Verbündeten verteilt werden". Diese Bemerkung entspricht jenen vor kurzen von der WBU gefassten Beschluss, der Kreis der Atomwaffen-besitzer begrenzt zu halten.

+ + +

Sozialer Einschnitt

sp - Mit Baugen schon ungezählte Haushalte den ersten August ent-gegen. Für sie erscheint dieses Datum als schwarzer Tag auf dem Kalen-der. An diesem Tag treten die nach dem Lücke-Plan beschlossenen Miet-preiserhöhungen für fünf Millionen Altbauwohnungen in Kraft. Ingesamt sind Mieterpreiserhöhungen bis zu 38 Prozent möglich - für viele Familien gewiss eine kaum tragbare Belastung. Im Zuge der Erhöhungen werden eine Milliarde Mark ihren bisherigen Besitzer wechseln, sie wandern vom Mieter zum Vermieter - ein volkswirtschaftlicher Vorgang, der bei den heissen Debatten um den Lücke-Plan im Bundestag nicht die ihm ge-bührende Würdigung fand. 1000 Millionen DM werden jährlich der Konsum-kraft auf der einen Seite entzogen und auf die andere Seite verlagert. Sie verstärken die Konsumkraft der Grundbesitzer, aber auch ihre In-vestitionen. - Die Mieterpreiserhöhungen dürfen nicht ohne Folgen für das soziale Gefüge der Bundesrepublik bleiben. Millionen von Haushal-tungen und Familien müssen nun einen grösseren Anteil ihres Einkommens für Mieten aufwenden. Haben sich die Väter dieses Gesetzes überhaupt Gedanken darüber gemacht? Die Gewerkschaften haben schon angekündigt, dass sie neue Lohn- und Gehaltsforderungen stellen müssen, und ein so einsichtiger und kluger Mann wie der Jesuitenpater Nell-Brenning hat ihnen das Recht dazu nicht bestritten. - Niemand plädiert heute für die Aufrechterhaltung der Wohnungszwangswirtschaft. Auch sie hat sich über-lebt. Aber es bleibt die Frage, ob man bei einem Wohnungsdefizit von mehr als anderthalb Millionen Wohnungen schon jetzt das Startsignal für den sogenannten freien Wohnungsmarkt mit allen seinen Spekula-tionsmöglichkeiten geben konnte. Es geht nur auf Kosten der sozial Schwächeren.

+ + +

Im Dienst für Europa

Von Willy Birkelbach, MdB

Ein umfangreicher Bericht über die Tätigkeit der sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments in der Zeit vom 1. September 1958 bis zum 15. April 1960 wurde nunmehr in Luxemburg veröffentlicht. (1). Dieser Bericht macht deutlich, wie sehr es den Sozialisten in der Anlaufzeit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bereits gelungen ist, gemeinsame Vorstellungen über die institutionelle und wirtschaftspolitische Zukunft der europäischen Integration zu entwickeln. Selbstverständlich war das nur durch eine intensive Zusammenarbeit der sozialistischen Abgeordneten in der Fraktion und der sechs Parteien innerhalb des Verbindungsbüros der sozialistischen Parteien der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften möglich.

Die sozialistische Fraktion sieht eine der zentralen Ursachen für die nicht in allen Fällen genügend starke Durchschlagskraft der europäischen Institutionen in dem schwerfälligen Aufbau der Sechser-Gemeinschaft in drei getrennten Institutionen, der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, der EWG und der Euratom. Hier ist eine Konzentration bei gleichzeitiger Schaffung wirklich supra-nationaler Befugnisse für die europäischen Behörden notwendig. Dabei muss das Europäische Parlament die Befugnisse erhalten, die den nationalen Parlamenten durch die europäische Integration verlorengehen.

Ferner müssen neue Formen der Zusammenarbeit zwischen den europäischen Mitgliedsstaaten und den assoziierten überseeischen Ländern gefunden werden. In dieser Hinsicht fordert die sozialistische Fraktion eine Vertragsrevision, die zur vollen Gleichberechtigung der überseeischen Partner der EWG führt. Die von Europa aufzubringenden Mittel zur Entwicklung dieser Länder dürfen ebenso wie die mit der Assoziierung verbundenen Handelsvorteile nicht zur Benachteiligung der anderen Entwicklungsländer der Welt führen.

Es kommt für die Sozialisten darauf an, die EWG zu einem Instrument zur Sicherung der Vollbeschäftigung im Innern und damit zu einem wesentlichen Faktor der Stabilisierung der Weltkonjunktur zu entwickeln. Das bedingt jedoch andererseits, dass die EWG eine welt-offene Wirtschaftspolitik betreibt und dass die drohende Spaltung des freien Europas verhindert wird. Der Brückenschlag zu unseren europäischen Partnern erfordert nicht nur konstruktive Phantasie, sondern einen unbezwingbaren politischen Willen zur Einigung.

Die sozialistische Fraktion hat den inneren Aufbau des Gemeinsamen Marktes mit Aufmerksamkeit verfolgt. Sie hat dabei immer wieder gegen Massnahmen der nationalen Regierungen protestiert, durch die der Abbau der Handelsbeschränkungen behindert werden sollte oder durch die mögliche Integrationsvorteile für die Konsumenten vereitelt werden sollten. Die sozialistische Fraktion hat ferner stets die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Notwendigkeit gelenkt, den Abbau der Handelsbarrieren durch einen zügigen Aufbau der gemeinsamen Wettbewerbs-Konjunktur- und Strukturpolitik zu begleiten. Hier klaffen zur Zeit noch Lücken, die auch die Stellungnahme der Sozialisten zur beschleunigten Schaffung der EWG mitbestimmen.

Das gilt natürlich mindestens ebenso sehr für die sozialpolitischen Probleme der europäischen Integration, obwohl auf diesem Gebiet mit der kleinen Vertragsrevision des Montan-Union-Vertrages und der Schaffung des Sozialfonds der EWG erste Ansätze für eine sozialpolitische Gesamtkonzeption im Gemeinsamen Markt geschaffen wurden. Es wird auch weiterhin die Aufgabe der sozialistischen Fraktion sein müssen, dafür zu sorgen, dass der sozialpolitische Fortschritt in der EWG gesichert wird und die vielen noch bestehenden Unzulänglichkeiten ausgeräumt werden.

Auf den einzelnen Sektoren der gemeinsamen Wirtschaftspolitik ist die sozialistische Konzeption zwangsläufig unterschiedlich detailliert entwickelt. Diese Tatsache ist weitgehend dadurch bestimmt, dass einzelne Sektoren besonders im Vordergrund der Arbeit der europäischen Institutionen standen und sehr pointierte Stellungnahmen der Fraktion erforderlich machten. So hat die sozialistische Fraktion sehr genaue Vorschläge für eine gemeinsame Energiepolitik und für die Agrarpolitik in der EWG entwickelt.

Die sozialistische Fraktion ist der Auffassung, dass auch auf dem Energiesektor die allgemeinen, wirtschaftspolitischen Grundsätze Anwendung finden müssen. Diese lassen keinen unvorrückbaren Bestandschutz für einen Wirtschaftszweig zu. Andererseits erfordert die gesicherte Energieversorgung einen gewissen Schutz der wirtschaftlich zu fördernden, einheimischen Energieträger. Die Voraussetzung dafür ist eine koordinierte Energiepolitik, die alle Energiequellen der gleichen öffentlichen Investitionssteuerung und einer strengen Kartell- und Preiskontrolle unterwirft. Die notwendige Stetigung der Kohleförderung fordert ferner öffentliches Eigentum an den Zechen und eine gemeinsame Kohle-Einfuhrorganisation.

Die sozialistische Fraktion sieht in den Vorschlägen der EWG-Kommission für eine gemeinsame Agrarpolitik einen positiven Ausgangspunkt. Trotzdem vermisst sie klare Vorstellungen über die einzuschlagende Handelspolitik; sie hält die von der Kommission vorgeschlagene Koordinierung der Strukturpolitik der Mitgliedsstaaten für unzureichend und sie vermisst sozialpolitische Vorstellungen für den Agrarsektor. Diese Mängel müssen zwangsläufig zu einer Überbewertung der Markt- und Preispolitik führen, deren Grenzen aber von der Absatzseite her sehr deutlich vorgezeichnet sind. Die sozialistische Fraktion fordert schliesslich die Kommission mit Nachdruck dazu auf, der Ausbeutung der Landwirtschaft durch überhöhte Handelsspannen bei den industriellen Produktionsmitteln und bei der Übernahme und Weiterverarbeitung der agrarischen Erzeugnisse entgegenzuwirken, indem der genossenschaftlichen Zusammenarbeit auf dem Lande in Zukunft mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird.

(1) Dieser Bericht kann an folgender Adresse angefordert werden:  
Europäisches Parlament, Sozialistische Fraktion, Luxemburg,  
Beaumontstrasse 19.

### Die Italiener und das Fernsehen

Von unserem Korrespondenten in Rom, Franco Magnani

Aus einer kürzlich herausgegebenen offiziellen Statistik ist zu entnehmen, daß rund 61 Prozent der Bevölkerung Süd-Italiens nie eine Zeitung liest; 93 Prozent liest keine Bücher und 40 Prozent hat noch nie ein Kino besucht.

Allein aus diesen trockenen Ziffern geht die Bedeutung hervor, die das Fernsehen notwendigerweise im Leben der südlichen Bevölkerung Italiens einnimmt. Aber auch unter der Bevölkerung Mittel- und Süditaliens ist die Zahl der Besitzer von "televisioni" recht groß. Entgegen der Meinung, daß der Fernsehapparat eher die begehrte Anschaffung einer finanziell besser situierten Gesellschaftsschicht sein würde, sind es gerade die ärmeren Kreise, die oft auch grosse Opfer nicht scheuen, um in den Besitz eines Fernseh-Apparates zu gelangen.

In den ersten zwei Jahren, da die "televisione" in Betrieb war, war die Verbreitung des Fernsehens im Süden doppelt so gross wie im Norden Italiens, wo bekanntlich ein weit höherer Lebensstandard herrscht. Unter den Familien mit mindestens einer Million Lire Jahres-Einkommen (ungefähr 7000 DM) besaßen 48 von 100 bereits 1956 einen Fernseh-Apparat. In Norditalien waren es bloss 28.

Das Fernsehen wird langsam zu der Quelle des Amüsements der breiten Massen, auch wenn der Rundfunk immer noch an erster Stelle steht. Eine Statistik darüber zeigt, dass jeder erwachsene Italiener jährlich 400 Stunden vor dem Radio verbringt, 250 Stunden vor dem Fernseh-Apparat, 40 Stunden in einem Kino-Saal und bloss eine Stunde in einem Theater.

Schon diese Angaben über die "Vergnügungs-Einteilung" des Italieners zweifellos ihren mathematischen Wert besitzen, erscheinen sie in einem gewissen Sinne irreführend. Denn es gibt eine hohe Anzahl von Italienern, die vielle Stunden täglich vor dem Bildschirm ihres Fernsehens sitzen und viele, welche beinahe täglich ins Kino gehen. Doch was besonders interessant ist, ist das Verhältnis der verschiedenen "Vergnügungsquellen": 250 Stunden jährlich (im Durchschnitt) vor dem "televisione" und bloss eine Stunde im Theater!

1959 wurden in Italien 136 Milliarden Lire für Radio und Fernsehen ausgegeben. Davon 39 Milliarden für die Abonnement-Gebühren und 97 Milliarden für die Anschaffung oder die Instandhaltung der Apparate.

Diese Ziffer allein gleicht praktisch die Total-Summe der Ausgaben aus, die in Italien für Vorstellungen anderer Art erfolgt sind.

Italien zählt heute ungefähr acht Millionen Radio-Abnehmern. Ein Zeichen dafür, dass nicht nur ein besserer durchschnittlicher Lebensstandard seinen Einfluss geltend gemacht hat, sondern auch dass neue Ansprüche gestellt werden.

Acht Millionen Familien-Gruppen von der zwölfeinhalb, die Italien heute zählt, geniessen also die Freude, die ein Radio-Apparat verbreitet. Die überwiegende Mehrheit der viereinhalb Millionen Familien, die keinen Radio-Apparat besitzen, gehören zu denen, die knapp das Notwendigste haben um sich ernähren und kleiden zu können. Zweieinhalb Millionen Familien haben nämlich noch heute ein monatliches Einkommen, das tiefer liegt als 30.000 Lire (circa 200 DM).

Eine eingehendere Studie, welche die angesehenen Turiner "Stampa" veröffentlicht hat, ergibt, dass die Verbreitung des Radios zu 88 Prozent vom Einkommen abhängig ist; die übrigen 12 Prozent hängen je nachdem vom Bildungsgrad ab, oder vom Industrialisierungsniveau des Gebietes, oder von den Verkaufbedingungen usw. Radiobesitz und durchschnittliches Volkseinkommen gehen bis zu einem bestimmten Punkt auch Hand in Hand. Auf internationaler Basis steht Italien - was das durchschnittliche Volkseinkommen betrifft - an 13. Stelle in West-Europa; ebenfalls an 13. Stelle steht Italien auf dem Gebiet der Verbreitung des Rundfunks unter seiner Bevölkerung.

Auf das Fernsehen übertragen wiederholt sich dieses Verhältnis aber erstaunlicherweise nicht. In Italien zählt man heute 1.900 000 Televisions-Apparate; das Land steht damit an sechster Stelle in West-Europa und damit sogar vor der Schweiz, vor Frankreich und vor Belgien.

Diese ungeheure Verbreitung des Fernsehens unter den breiten Volksmassen stellt aber auch ein sehr grosses Problem, das die italienische "televisione" noch nicht gelöst zu haben scheint, nämlich dasjenige des Niveaus ihres Programms.

Man kann sich des Gefühls nicht erwehren, dass, um auch den Anspruchslosen zu befriedigen, das geistige Niveau stark nach unten gedrückt wird. Bestimmte sind für diese Niveaulenkung auch die Zensurbestimmungen mitverantwortlich, die aus Rücksicht auf Familie und Kirche scharf und streng sind.

## Der Bremer Plan

Von Hermann Portfeldt

Vor noch gar nicht langer Zeit waren es höchstens Nachrichten und Äußerungen über Dinge wie Schulraumnot, Lehrermangel und Schichtunterricht, die den Zeitungsleser auf kulturpolitische Probleme aufmerksam werden ließen. Auslassungen über schulische Reformen oder einen Umbau in unserem Bildungswesen schienen allzu Tagesform, blieben auf die Freipublikationen beschränkt und fanden zur breiten Öffentlichkeit kaum Zugang. Heute ist das anders. Nachdem wenigstens die schlimmsten Nachkriegsnotstände beseitigt sind, ist auch die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, der ja "Kulturpolitik" nicht von vornherein als das Wichtigste erscheint, bereit und neuerdings sogar begierig darauf, etwas Genaueres darüber zu erfahren, wie es um unser Bildungs- und Ausbildungswesen bestellt ist und was aus ihm werden soll.

### Ausgangspunkt - "Rahmenplan"

Hier hat insbesondere der "Rahmenplan zur Umgestaltung und Vereinheitlichung des allgemeinbildenden öffentlichen Schulwesens" des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen eine Änderung herbeigeführt. Während nun die weitverzweigte Diskussion um den Rahmenplan noch andauert - Organisationen und Verbände aller Art widmen diesem Thema noch wie vor zahllose Veranstaltungen - wurde nun eben in Bremen von der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände auf dem "Kongress der Lehrer und Erzieher" eine völlig neue Lösung für das alte Problem vorgeschlagen, die sofort den Namen "Bremer Plan" erhielt. Diese Lösung will die Schule der modernen Gesellschaft "als einer Gesellschaft von Freien und Gleichen" in einem dynamischen, in Stufen vereinklichteten System, verwirklichen und geht, wenn auch vielleicht nicht grundsätzlich, so doch in den einzelnen Vorschlägen weit über den Rahmenplan hinaus. Dieser umfassende und geschickte gegliederte Plan ist zweifellos ein beachtlicher Beitrag zur allgemeinen Diskussion über die Schulreform. Die SPD, die seinerzeit den Rahmenplan trotz einiger Einschränkungen als einen Schritt vorwärts bezeichnete, wird auch den Bremer Plan genau prüfen. Man kann jetzt schon sagen, daß sie es durchaus begrüßt, daß hier mit sehr viel Mut ein weiterer Schritt nach vorn getan worden ist.

### "Schule der sozialen Gerechtigkeit"

Einer der Grundgedanken des Bremer Plans, daß die Schule der modernen Gesellschaft auch eine Schule der sozialen Gerechtigkeit sein sollte, in der echte Gemeinschaftserfahrungen gesammelt werden können, ohne sich die Unterschiede der Begabung und des Fleißes trennend auswirken, deckt sich durchaus mit sozialdemokratischen Auffassungen. Das Gleiche trifft auf die daraus gezogene Schlußfolgerung zu, jedem Kind die Möglichkeit zu bieten, eine seinen Fähigkeiten und seinen Leistungswillen entsprechende "Schullaufbahn" zu wählen und damit bis zur höchsten Bildungsebene aufzusteigen.

Ein anderer Grundgedanke, daß die Schule das Recht des Kindes und der Jugendlichen verwirklichen sollte und daß ihr Unterricht ganz nach kindheitspsychologischen und modernen pädagogischen Erkenntnissen gestaltet werden sollte, ist eigentlich schon seit der Zeit nach

dem ersten Weltkrieg Allgemeingut fortschrittlichen Erziehungsdenkens, das leider noch immer in ungenügender Weise in die Praxis umgesetzt worden ist.

Ein anderer der leitenden Grundsätze des Bremer Plans, nach welchem die Schule der neuen technischen Lebenswirklichkeit entsprechen und zugleich den geistigen Zusammenhang mit der kulturellen Überlieferung wahren, daß ferner der verhängnisvolle Riss zwischen "Berufsausbildung" und einer "freischwebenden Allgemeinbildung" mit Hilfe des Zweiten Bildungsweges überwunden werden soll, ist auch ein Leitgedanke des SPD-Plans "Die Zukunft meistern".

Schon kritische Stimmen...

Der Bremer Plan will die Wege dazu weisen, den heute noch bestehenden Zwang zur frühzeitigen Berufsentscheidung aufzulockern; der Entscheidungstermin soll hinausgeschoben werden. Änderungen des Lebensplans sollen, soweit sie die Bildung betreffen, mit der weitgehenden "Durchlässigkeit" der Schularten gemeistert werden. In diesem Punkt dürfte sich der Bremer Plan mit dem Rahmenplan durchaus treffen.

Während nun aber das zehnte Schuljahr seinerzeit von Deutschen Ausschüsse nur eben erst einmal in die Debatte geworfen wurde, wird es jetzt im Bremer Plan ausdrücklich gefordert. Und ehe man noch Zeit gehabt hat, den ganzen neuen Plan zu überdenken, beginnt, anknüpfend an diesen Punkt "zehntes Schuljahr", bereits eine Diskussion, die nitzig zu werden verspricht. Eine vom Deutschen Industrie- und Handelsstag ausgehende Information charakterisiert diesen Vorschlag als "Schulpolitik auf Abwegen". Die Frage, die in diesem Zusammenhang von den Industrie- und Handelskammern gestellt wird, lautet: "Die jungen Menschen, die nach neun Jahren die Schule verlassen, um in die Berufspraxis zu gehen, sind in der Regel nach allen bisherigen Erfahrungen durchaus berufstüchtig. Kann ihnen ein zehntes Schuljahr ebenso viel an Wissen, Können und Charakterbildung vermitteln wie das immer anspruchsvoller werdende Berufsleben der Wirtschaft in Verbindung mit der Berufsschule?"

Das neunte Schuljahr wird von der Industrie- und Handelskammern einschränkungslos bejaht, was nur zu begrüßen ist und hoffen läßt, daß die Kammern das Ihre zur Verwirklichung dieser überständigen Forderung in allen Bundesgebieten beitragen. Wenn die Kammern dem aber selbst "eine Diskussion des zehnten Pflichtschuljahres für verfrüht" halten, dann ist das wohl doch ein zu enger Standpunkt, einfach deshalb, weil wir hinter anderen Ländern weit zurückgefallen würden, wenn wir uns nicht einmal getrauten, über eine der Konsequenzen zu diskutieren, die uns die gegenwärtige industrielle Entwicklung früher oder später aufzwingen wird.

Blick nach vorn

Sicherlich verlangt die Verwirklichung des Bremer Plans einen nahezu völligen Umbau unseres derzeitigen Schulsystems. Sicherlich müssen die Bremer Vorschläge gerade auch im Hinblick auf ihre Folgen für das Berufsschulwesen sorgfältig geprüft werden. Ebenso sicher ist wohl auch die Diskussionsbereitschaft der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände. Mag die man mit dem neuen Thema bereicherte Diskussion den formenreichen Weg der deutschen Schulreform abkürzen!

Verantwortlich: Günter Markscheffel